



# DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# 11

November 2021 / 55. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL

## Migrationsdruck steigt Temporäre Grenzkontrollen – jetzt!

Seite 10 <

70 Jahre DPoIG und  
10 Jahre Bundespolizei-  
gewerkschaft –  
eine Erfolgsgeschichte

Seite 18 <

Fachteil:

- Materielles Strafrecht/  
Strafverfahrensrecht,  
Verwaltungsrecht/  
Polizeirecht,  
Amtshaftungsrecht
- Ist ein legaler Betrieb  
einer Dashcam möglich?



## DPoIG zu MEGAVO-Studie

Derzeit wird sie angepriesen wie Sauerbier, die sogenannte MEGAVO-Studie. Appelle, mitzumachen, gibt es allenthalben. Was hat es damit auf sich?

Wir alle erinnern uns noch gut an die mediale Berichterstattung über Chatgruppen in Polizeikreisen, in denen auch rechtsextremistisches Gedankengut weiterverbreitet wurde. Diejenigen, die schon immer die Sicherheitsbehörden als Hort allen Bösen ansahen, forderten sogleich eine Rassismusstudie und fabulierten von einer Spitze des Eisbergs. Wir haben uns als DPoIG seinerzeit klar bekannt. Extremismus hat in der Polizei keinen Raum und muss bekämpft werden. Jegliche Formen von Generalverdacht lehnen wir ab. Medial geforderte „Rassismusstudien“ haben wir als wenig zielführend und stigmatisierend grundsätzlich abgelehnt.

Dennoch stehen natürlich Fragestellungen im Raum, warum in

Chatgruppen unter Beteiligung von Polizistinnen und Polizisten einschlägige Nachrichten ausgetauscht und geduldet wurden.

Die MEGAVO-Studie nimmt für sich ausdrücklich in Anspruch, keine Rassismusstudie zu sein, sondern einen breiteren Ansatz zu verfolgen. Die Betrachtung von Einstellungen und Haltungen zu Rassismus und Extremismus werden zwar ebenfalls thematisiert, nehmen aber nur einen kleinen Teil der Fragestellungen ein. MEGAVO (Motivation, Einstellungen und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten) ist eine Studie, die auf einen längeren Zeitraum ausgerichtet ist.

Die Teilnahme ist freiwillig und anonym. Je größer die Teilnehmerzahl ist, desto aussagekräftiger sind die Ergebnisse. Und ich mache keinen Hehl daraus, selbst im DPoIG-Landesvorstand gibt es sehr unterschied-



© DPoIG SH

liche Meinungen. Zum einen gibt es einen Bedarf daran zu verstehen, warum es dieses Phänomen im Kollegenkreis gibt, wo doch jede und jeder per Dienst auf die Verfassungstreue geschworen hat. Andererseits gibt es auch die Befürchtungen, dass Daten fehlinterpretiert werden

könnten, um ein bestimmtes Bild zu erzeugen.

Insofern können wir als DPoIG nur zusichern, diese Studie aufmerksam zu verfolgen. Ob man teilnehmen möchte oder nicht, sollte jede und jeder selbst entscheiden.

*Torsten Gronau*

## Was folgt nach dem kostenlosen Klatschen?

Tarifverhandlungen sind stets die Stunde der Wahrheit.

In Potsdam haben sich zu einer ersten Verhandlungsrunde die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und die Arbeitgeber getroffen. Gespannt durfte man sein, ob dem öffentlichkeitswirksamen Klatschen der Politik auch das Bekenntnis folgte, dass man bei den Löhnen und Gehältern nachlegen müsse.

Die gewerkschaftliche Forderung nach fünf Prozent mehr ist angemessen und keineswegs ausverschämt. Unverschämt und ein deutliches Zeichen der Missachtung ist der Verhandlungsauftritt der Arbeitgeber, die die gewerk-

schaftlichen Forderungen als unbezahlbar abtaten und dann, typisch rituelles Gehabe, gar kein Angebot vorlegten.

Das mag man als Verhandlungstaktik abtun, andererseits dokumentiert es mangelnde Wertschätzung gegenüber dem eigenen Personal. Für die Landespolizei sehe ich es so, dass die besonderen Leistungen während der Pandemie und die aktuell galoppierende Inflation die Gewerkschaftsforderungen mehr als rechtfertigen. Es bleibt zu hoffen, dass die Arbeitgeber ihre Blockade aufgeben und an einem anständigen Verhandlungsergebnis interessiert sind.

Die Alternative wäre ein harter Arbeitskampf mit allen zulässigen Mitteln. Und ich glaube, die Bereitschaft dazu wäre da. Zunächst einmal verlassen wir uns auf unsere Verhandlungsführer in Potsdam und hoffen, dass auf Arbeitgeberseite die Vernunft siegt.

Jedenfalls nehmen wir positiv zur Kenntnis, dass die Finanzministerin des Landes SH eine wichtige Forderung erfüllt hat, nämlich die Zusicherung, den Tarifabschluss für die Beamten übernehmen zu wollen.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

### Impressum:

Redaktion:  
Sven-Erik Haase  
Tel. 0173.6101705

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [redaktion@dpolg.sh](mailto:redaktion@dpolg.sh)

DPoIG SH bei Facebook:  
[www.facebook.com/dpolgsh](https://www.facebook.com/dpolgsh)



ISSN 0937-4841



© Ingo Lüdemann

> Der gewählte Landesjugendvorstand (v. l. n. r.): Simon Gurinskaite, Kristin Seifert, Cartsten Jacobsen und Annabel Schrödter

## 21. dbb Landesjugendgewerkschaftstag

Am Donnerstag, dem 14. Oktober 2021 war es wieder soweit. Der 21. Landesjugendgewerkschaftstag der dbb Jugend Schleswig-Holstein hat wieder getagt. Diesmal in einem Co-working-Space in Kiel. Gestellt wurden hier die personellen und inhaltlichen Weichen für die kommenden vier Jahre.

Eröffnet wurde die Sitzung durch die Vorsitzende der dbb Jugend Schleswig-Holstein, Kristin Seifert, gefolgt von zwei Grußworten durch den Landesbundvorsitzenden Kai Tellkamp und der Vorsitzenden der dbb Jugend, Karoline Herrmann.

Nach der Wahl der Versammlungsleitung und der Vorstellung der Tätigkeitsberichte wurde der derzeitige Jugendvorstand entlastet. Im Anschluss fanden die Neuwahlen des Jugendvorstandes statt. Den neu gewählten Vorstand möchten wir euch hier einmal kurz vorstellen.

Neben Kristin Seifert (komba Gewerkschaft) gehören dem Landesjugendvorstand ebenso Annabel Schrödter (Deutsche Polizeigewerkschaft), Carsten Jacobsen (Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten), Simon Gurinskaite (Deutsche Steuergewerkschaft) und Janne Hoener (Deutsche Steuergewerkschaft) an.

Wie wichtig es ist, auch in der Jugend die gebündelten Interessen der jungen Leute aus den Fachgewerkschaften zu vertreten, zeigen die bereits erzielten Erfolge. Unter anderem wurde erreicht, dass die Altersgrenze in der Jugend- und Ausbildungsververtretung durch eine Änderung des Mitbestimmungsgesetzes aufgehoben wurde.

Aber auch in der Zukunft besteht weiterer Handlungsbedarf. Dieses wurde unter anderem in der Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge deutlich. So soll es zum Beispiel

eine Arbeitsgruppe für die FHVD in Altenholz geben. Diese soll gewährleisten, dass die Interessen der Anwärtinnen und Anwärter gewahrt bleiben sowie Probleme, wie zum Beispiel die Wohnsituation oder Homeschooling, gelöst werden.

Für viel Diskussionsstoff wird aber auch die kommende Einkommensrunde sorgen.

Zum Ende hin gab es einen Austausch mit den Jugend-

fachgewerkschaften, sodass jeder einen Einblick in den anderen Bereich bekommen hat.

Wir freuen uns, dass die DPoIG wieder in dem Landesjugendvorstand der dbb Jugend Schleswig-Holstein vertreten ist und wünschen Annabel Schrödter in ihrem neuen Amt alles Gute.

*Jonathan Roß,  
stellvertretender  
Landesjugendleiter*

> dbb jugend

**Ihr wollt mehr über die Arbeit der dbb jugend sh wissen?**

[www.dbb-sh.de](http://www.dbb-sh.de)  
(Über uns > Jugend)

**Wusstest du schon?**

die dbb Jugend hat auf Bundesebene einen t@cker eingerichtet. Damit seid ihr dauerhaft auf dem Laufenden.

Hier abonnieren:



### Kommentar

## Cannabis freigeben?

Die Forderung zur Legalisierung von Cannabis scheint im Zuge der Neubildung einer Bundesregierung eine Herzensangelegenheit zumindest zweier mutmaßlicher Koalitionspartner zu sein. Die Bundesleitung der DPoIG hat dieses Ansinnen ebenso abgelehnt wie die GdP. Und zwar aus guten Gründen. Befürworter verweisen auf den direkten Vergleich zum Alkohol. Tatsächlich mag es so sein, dass der gelegentliche Konsum von Cannabis im Vergleich zum Konsum von Alkohol „weniger schädlich“ sein könnte. Aber es geht ja nicht um eine Legalisierung von Cannabis bei einem gleichzeitigen Verbot von Alkohol, sondern um die Legalisierung eines zusätzlichen Rauschmittels. Das Problem wäre also eine perspektivisch viel größere Verfügbarkeit von dann legalen Rauschmitteln. Das mag für den verantwort-

tungsbewussten Konsumenten gesundheitlich keine negativen Auswirkungen haben, genauso wenig für denjenigen, der zu einem guten Essen ein Glas Wein trinkt. Problematisch wird es doch erst bei Betrachtung von Personengruppen, die eben nicht verantwortungsvoll mit Rauschmitteln umgehen können. Nun liegen offenbar Welten in der Wahrnehmung zwischen denjenigen, die auf einer Party gerne mal einen Joint rauchen und das Recht auf Rauschproklamieren, und denjenigen, die schwerste

Verkehrsunfälle aufzunehmen haben, bei denen Drogen eine unfallursächliche Rolle spielen. Als Polizeigewerkschaft sehen wir keine Spielräume, eine Legalisierung von Cannabis gutzuheißen. Wir stehen für das Ziel von weniger Drogen im Straßenverkehr. Wir haben zudem tagtäglich mit denjenigen zu tun, denen ein verantwortungsvoller Umgang mit Drogen nicht gelingt und wir glauben nicht, dass diesen Personen geholfen ist, wenn man ihnen den Zugang zu Drogen erleichtert. Die wiederkehrende Diskussion um eine Freigabe konterkariert

auch den Suchtpräventionsansatz, weil ständig suggeriert wird, Cannabis sei doch gar nicht so schlimm.

Für uns als Polizeigewerkschaft ist es Kernanliegen, auf diese Wirkungen und Gefahren hinzuweisen. Und wenn suggeriert wird, die Polizei hätte doch viel weniger Arbeit, weil die ganzen Konsumentenverfahren, die sowieso überwiegend eingestellt werden, nicht mehr bearbeitet werden müssten, der will uns für dumm verkaufen. Personen, die sich bisher als Dealer betätigt haben, werden nicht plötzlich gesetzestreu, weil der Staat deren Aufgabe übernimmt. Selbstverständlich wird es eine Verlagerung von Straftaten geben, aber keine Entlastung der Polizei und Gerichte.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*



© manwalk/pixello.de



© NickyPej/pkapaay

In- & Outdoor

WIEDER TANZEN OHNE MASKE UND ABSTAND

2 Floors

PARTY-ALLROUND DJ MARIB VON HOUSE ROCKERZ

HOUSE-ELEKTRO DJ ALLSTAR-TEAM

Welcome-Shots

FÜR DIE ERSTEN 200 GÄSTE

Charity-Aktion

„Pusten für den guten Zweck“  
IN KOOPERATION MIT DRÄGER ZUGUNSTEN DES UKSH

Fotobox

VON HANSE-FOTOBOX UND DBV-VERSICHERUNG

20. November 2021

EINLASS AB 21.00 UHR UNTER BEACHTUNG DER 3G-REGEL

Eintritt:

VORVERKAUF: 10 €\* / ABENDKASSE: 12 €



# BLAULICHT

## Strandsalon Lübeck

EINE DER GRÖßTEN PARTYS DIESER KÜSTE FÜR BLAULICHTER UND IHRE FREUNDE



\*VORVERKAUFSTELLEN: LÜBECKER NACHRICHTEN (DR.-JULIUS-LEBER-STRASSE 9, HL / HERRENHOLZ 10-12, HL / MARKTWIETE 8, BAD SCHWARTAU)  
JOY FITNESS LÜBECK (SCHWARTAUER LANDSTRASSE 2, LÜBECK) ALLE INFORMATIONEN UND ONLINE-VORVERKAUF: [WWW.SINGLE-BEATS.DE](http://WWW.SINGLE-BEATS.DE)

WER SIND BLAULICHTER? POLIZEI, FREIWILLIGE UND BERUFSFEUERWEHR, ZOLL, THW, BUNDESWEHR, JUSTIZ, DRÄGERMITARBEITER,  
RETTUNGSDIENST, KRANKEN- UND PFLEGEPERSONAL, ALLE MEDIZINISCHEN ANGESTELLTEN UND MEDIZINSTUDENTEN